

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten

betreffend

die Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, insbesondere zur Inanspruchnahme der im Rahmen des Bundes-Wohnbaupaketes in Aussicht gestellten Zuschüsse die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes in vollem Umfang (inklusive aller Rückflüsse) wieder vorzusehen.

Begründung

Mit dem Wohnbaupaket des Bundes sollen über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt 30.000 Wohnungen mobilisiert werden. In Oberösterreich könnten dadurch mindestens 1.000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr und tausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Bundesregierung macht die Inanspruchnahme dieser Zuschüsse jedoch von der Wiedereinführung der Zweckbindung ihrer Wohnbauförderungsmittel abhängig. Seit 2009 sind diese Mittel – auf Oberösterreich entfallen jährlich etwa 286 Mio. Euro – nämlich in den Ertragsanteilen der Länder an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben enthalten und können daher auch für andere Zwecke als den Wohnbau herangezogen werden. Die Zweckbindung wurde aber schon in den Jahren zuvor immer mehr gelockert. Dadurch wurde es möglich, die Rückflüsse aus den vergebenen Wohnbaudarlehen bzw. die Erlöse aus dem Verkauf von Wohnbaudarlehen dem Kreislauf der Wohnbaufinanzierung zu entziehen und dem allgemeinen Landesbudget zuzuführen.

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher die Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel samt ihrer Rückflüsse. Das Bundes-Wohnbaupaket ist ein guter Anlass, sollen doch Projekte aus jenen Ländern, die die Wohnbauförderungsmittel bereits jetzt schon oder noch vorzeitig zweckwidmen, bevorzugt in den Genuss dieser Bundesinitiative kommen. 50.798 Wohnungssuchende in Oberösterreich, aber auch die hohe Arbeitslosigkeit am Bau sind ein klarer Auftrag, diese Initiative des Bundes aufzugreifen und seitens des Landes tätig zu werden.

Linz, am 13. April 2015

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Müllner, Rippl, Pilsner, Schaller, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Krenn, Affenzeller, Bauer, Baumgartner, Promberger, Eidenberger